

akzente

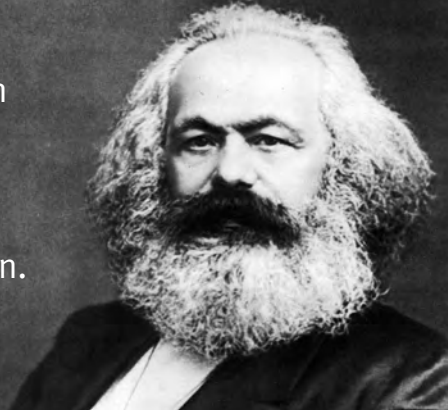
MONATSZEITUNG DER GESELLSCHAFT ZUM SCHUTZ

02|2018

VON BÜRGERRECHT UND MENSCHENWÜRDE E.V.

Das Jahr 2018 ist reich an historischen Daten. Herausragen werden zwei Ereignisse: der 200. Geburtstag von Karl Marx und der 100. Jahrestag der deutschen Novemberrevolution. Wir wollen sie publizistisch begleiten.

Zweiter Teil



Der Zulauf zu AfD und Pegida sollte auch die Aussage des Manifests in unser Blickfeld rücken: „Das Lumpenproletariat, diese passive Verfaulung der untersten Schichten der alten Gesellschaft, wird durch eine proletarische Revolution stellenweise in die Bewegung hineingeschleudert, seiner ganzen Lebensweise nach wird es bereitwilliger sein, sich zu reaktionären Umtrieben erkaufen zu lassen.“ (MEW, 4/472)

Ebenso bedeutsam für die Entschlüsselung der Hintergründe heutiger politischer Entwicklungen ist die Aktualisierung der Erkenntnisse Lenins über die *Arbeiteraristokratie*, also jener Schicht, die als soziale Basis des Opportunismus im Imperialismus fungiert. Es gilt also, bleibende und zugleich sich verändernde Charakteristiken der Klassen und Schichten im zeitgenössischen Monopol- und Finanzkapitalismus exakt zu erfassen. Bedenken wir beispielsweise, dass noch zu Beginn des vergangenen Jahrhunderts die „Mittlere Reife“ eine Tür zum „sozialen Aufstieg“ öffnete. Denn mit einem solchen Zeugnis in der Tasche konnten junge Männer dazumal ihren Wehrdienst als „Einjährig-Freiwillige“ ableisten. Sie konnten Reserveleutnant werden und dann – im Glücksfall – eine Kapitalistentochter samt stattlicher Mitgift heiraten. Sie hatten auch gute Chancen, sich in der damaligen sozialen Schicht der Intelligenz zu etablieren. Heutzutage sind selbst sehr gebildete Absolventen von Hochschu-

len und Universitäten sehr häufig gezwungen, sich über Jahre von einem schlecht- oder gar nicht honorierten „Praktikum“ zum nächsten zu hangeln. Wir treffen sie als Verkäufer auf Gemüsemärkten, als Kellner und in anderen „Jobs“. Und wie verhält es sich mit der allseits beschworenen *Gerechtigkeit*? Von der Linkspartei bis zur AfD verkünden doch alle in den Wahlkämpfen, das sei *ihre* Losung. Monopolkapitalismus und Gerechtigkeit verhalten sich zueinander wie Feuer und Wasser. Die Behauptung, eine Handvoll zu „Leistungsträgern“ verklärter Multimilliardäre, die mehr besitzt als die gesamte ärmere Hälfte der Menschheit, leiste angeblich pro Kopf täglich ebenso viel wie Dutzende Millionen Menschen, ist doch pervers. Auch wer rechtfertigt, dass in Deutschland ein Prozent der Bevölkerung so viel besitzt wie der gesamte Rest, liegt auf gleicher Linie. Schon der Begriff „Gerechtigkeit“ bedeutet in sich wandelnden geschichtlichen Konstellationen nicht stets dasselbe. Milde Gaben sind in vielerlei Einzelfällen eine gute Sache. Sie schaffen aber ebenso wenig „Gerechtigkeit“ wie „Brot und Spiele“ – vor allem dann nicht, wenn sie darauf zielen, Opportunisten zu züchten. Doch auch im Sozialismus gibt es diesbezüglich Fragen, die immer wieder zu beantworten sind. Gemessen an kapitalistischen Zuständen geht es in der niederen Phase der kommunistischen Formation ohne Frage viel gerechter zu. In der „Kritik des Gothaer Programms“

hat Marx aber klargestellt, dass Gleichheit im Sozialismus lediglich darin bestehe, dass am *gleichen Maßstab, der Arbeit* gemessen werden müsse. Die Menschen seien aber physisch und geistig unterschiedlich. Die Arbeit, um als Maß zu dienen, müsse der Ausdehnung und der Intensität entsprechend bestimmt werden. Andernfalls höre sie auf, Maßstab zu sein. „*Es ist daher ein Recht der Ungleichheit, seinem Inhalt nach, wie alles Recht.* Das Recht kann seiner Natur nach nur in der Anwendung von gleichem Maßstab bestehen; aber die ungleichen Individuen [...] sind nur am gleichen Maßstab messbar, soweit man sie unter einen gleichen Gesichtspunkt bringt, sie nur von einer *bestimmten* Seite fasst, z. B. im gegebenen Fall sie *nur als Arbeiter* betrachtet und weiter nichts in ihnen sieht, von allem andern absieht. Ferner: ein Arbeiter ist verheiratet, der andre nicht. Einer hat mehr Kinder als der andre etc. etc. Bei gleicher Arbeitsleistung und daher gleichem Anteil an dem gesellschaftlichen Konsumtionsfonds erhält also der eine faktisch mehr als der andre, ist der eine reicher als der andre etc. Um alle diese Missstände zu vermeiden, müsste das Recht, statt gleich, vielmehr ungleich sein.“ (MEW, 19/20f.) Das bedeutet aber: Auch im Sozialismus kann die individuelle Anstrengung – allein gemessen etwa an der Menge täglich vergossenen Schweißes – keineswegs oberster Maßstab der Verteilung und somit Garant der *Gerechtigkeit* sein.

Einladung zur Delegiertenkonferenz der GBM

In seiner Sitzung am 9. Januar 2018 hat der Vorstand der GBM gemäß § 10 der Satzung die ordentliche Delegiertenkonferenz/Gesamtmitgliederversammlung einberufen für Donnerstag, den **31. Mai 2018** in das Bürogebäude, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin (Nähe Ostbahnhof).

Vorschlag für die Tagesordnung:

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Konstituierung der Konferenz
3. Berichte
 - des Bundesvorstandes
 - der Schatzmeisterin
 - der Finanzprüfer
4. Diskussion
5. Beschlussfassung zu den Berichten
6. Entlastung des Vorstandes
7. Satzungsänderung (unter Vorbehalt)
8. Behandlung weiterer Anträge
9. Wahlen
10. Beschlussfassung über die Schwerpunkte des Arbeitsplanes und des Haushaltsplanes
11. Schlusswort

Beginn der Konferenz: 11 Uhr, Einlass: ab 10 Uhr

Diese Einladung gilt satzungsgemäß als fristgerechte Einladung für alle gewählten und noch zu wählenden Delegierten. Es gilt der in der Satzung festgelegte Delegiertenschlüssel. Die Konferenz ist vereins offen.

Im Anschluss an die Delegiertenkonferenz wird der Menschenrechtspreis der GBM verliehen

Wir sollten uns auch klarmachen, daß Marxismus und Vulgärmaterialismus nicht zusammengehören. Karl Marx hat 1843, im Prozess der Grundsteinlegung unserer Theorie, geschrieben: „*Der Mensch macht die Religion*, die Religion macht nicht den Menschen. [...] Aber *der Mensch*, das ist kein abstraktes, außer der Welt hockendes Wesen. Der Mensch, das ist die Welt des Menschen, Staat, Sozietät. [...] Das religiöse Elend ist in einem der Ausdruck des wirklichen Elendes und in einem Protestation gegen das wirkliche Elend. [...] Sie ist das Opium des Volkes.“ (MEW, 1/378) Man darf bei der Interpretation dieser berühmten Aussage nicht vergessen. Opium war zu diesem Zeitpunkt noch – neben Schnaps und Schierlingskraut – das einzige Mittel, um unerträgliche Schmerzen, etwa bei Operationen, zu lindern. Erst einige Jahre später wurde die Anästhesie erfunden. Es ist also bedeutsam, dass es bei

Marx Opium *des* Volkes heißt, und nicht etwa Opium *für* das Volk, wie heutzutage häufig behauptet wird, um ihm zu unterstellen, er habe kirchliche Amtsträger als Drogendealer verleumdet. Und wir sollten aufhören, weil er die Religion als *Ausdruck des Elends* sowie als *Protest gegen das wirkliche Elend* charakterisierte. Denn wer sich zum Ziel setzt, das Elend auf der Welt zu beseitigen, der muss jeglichen Ausdruck solchen Protests genauestens ins Auge fassen. Lenin schrieb 1905: „die Ohnmacht der ausgebeuteten Klassen im Kampf gegen die Ausbeuter erzeugt unvermeidlich den Glauben an ein besseres Leben im Jenseits [...], wir fordern, dass die Religion dem Staat gegenüber Privatsache sei, können sie aber keinesfalls unserer eigenen Partei gegenüber als Privatsache betrachten. Den Staat soll die Religion nichts angehen, die Religionsgemeinschaften dürfen mit

der Staatsmacht nicht verbunden sein. Jedem muss es vollkommen freistehen, sich zu jeder beliebigen Religion zu bekennen oder gar keine Religion anzuerkennen, d.h. Atheist zu sein, was ja auch jeder Sozialist in der Regel ist. [...] Wir fordern die völlige Trennung der Kirche vom Staat. [...] Wenn dem so ist, warum erklären wir in unserem Programm nicht, dass wir Atheisten sind? Warum verwehren wir Christen und Gottesgläubigen nicht, in unsere Partei einzutreten? [...] Die Einheit (des) wirklich revolutionären Kampfes für ein Paradies auf Erden ist uns wichtiger, als die Einheit der Meinungen der Proletarier über das Paradies im Himmel. [...] Das ist der Grund, warum wir den Proletariern, die noch diese oder jene Überreste der alten Vorurteile bewahrt haben, die Annäherung an unsere Partei nicht verwehren dürfen.“ (LW, 10/70–74) Nun könnte man meinen, Lenin habe seine Haltung nach der Ok-

toberrevolution revidiert. Das war aber nicht der Fall. Im November 1918, mitten im blutigen Bürgerkrieg, unterstrich er in seiner Rede auf dem I. Gesamtrussischen Arbeiterinnenkongress: „Im Kampf gegen religiöse Vorurteile muss man außerordentlich vorsichtig vorgehen; großen Schaden richtet dabei an, wer in diesem Kampf das religiöse Gefühl verletzt. Der Kampf muss auf dem Wege der Propaganda, der Aufklärung geführt werden. Wenn wir diesen Kampf mit scharfen Methoden führen, können wir die Massen gegen uns aufbringen; ein solcher Kampf vertieft die Scheidung der Massen nach dem Religionsprinzip, während unsere Stärke doch in der Einheit liegt. Die tiefsten Quellen religiöser Vorurteile sind Armut und Unwissenheit; eben diese Übel müssen wir bekämpfen.“ (LW, 28/176)

Dr. Götz Dieckmann

Aus der Arbeit des Vorstandes

Gegenstand der Beratung der ersten Sitzung des Vorstandes im Neuen Jahr waren die Vorbereitungen der Delegiertenkonferenz 2018, einer Beratung mit den Vertretern der Ortsverbände und eine erste Auswertung der Mitgliederumfrage bei den Ortsverbänden ohne Sprecherräte.

- Der Vorstand beschloss, die Delegiertenkonferenz/Mitgliederversammlung am 31. Mai 2018 nach Berlin einzuberufen. Aus Ortsverbänden ohne Sprecherräte sind alle Mitglieder, die dazu in der Lage sind, eingeladen. Die Arbeitsschwerpunkte der GBM für die nächsten Jahre und der Arbeitsplan für das erste Halbjahr 2018 werden bis 20. Februar erarbeitet und zur Beratung mit den Ortsverbänden zur Diskussion gestellt. Von den vor 25 Jahren in die GBM eingetretenen Mitgliedern leben gegenwärtig noch 433 Mitglieder. Dieses Jubiläum wollen wir nicht unerwähnt vorüber gehen lassen. Über die Form der Ehrung können dem Vorstand Vorschläge unterbreitet werden.
- Zum Thema „Wie weiter in der GBM?“ hatte der Bundesvorstand im Oktober mit einer Mitgliederbefragung begonnen. Ihr Ziel ist es, die Meinung der Mitglieder zur Tätigkeit der GBM und Vorschläge für die weitere Arbeit, aber auch Kenntnis über die Möglichkeiten und die Bereitschaft unserer Mitglieder zur Mitarbeit zu erhalten. In einer ersten Runde hat der Vorstand sich an die Ortsverbände gewandt, die keinen Sprecherrat mehr haben. Insgesamt wurden 427 Fragebögen an Mitglieder in sechs OV

von Berlin und an die OV Schwerin und Rostock sowie an unsere Mitglieder in den alten Bundesländern versandt. Leider haben wir nur 74 Antworten erhalten, das sind 17% und ist nicht sehr repräsentativ. Zur Beratung mit den Ortsverbänden im Februar beabsichtigt der Vorstand, die Umfrageunterlagen an alle Ortsvorsitzende zu übergeben, um die Meinungen aller Mitglieder zu erfahren. Als Termin für die Rückgabe der Fragebögen haben wir uns den 30. April 2018 vorgestellt.

Wir appellieren nochmals an alle Ortsverbände, ihre Mitglieder zur Abgabe von Vorschlägen und Anregungen an den Vorstand zu aktivieren.

Weiterhin haben wir uns im Vorstand zu den folgenden Punkten verständigt:

- Die Darstellung der Ziele und Aufgaben der GBM in WIKIPEDIA sind geprägt vom Mainstream und einer „unfairen Meinungsmache“, die wir nach 27 Jahren Bundesrepublik nicht mehr hinnehmen sollten, zumal uns völlig unbekannt ist, wer diese Einträge veranlasst hat. Der Vorstand hat entsprechende Maßnahmen zur Korrektur der Eintragungen beschlossen
- Als zentrale Termine der GBM planen wir Veranstaltungen zum 200. Geburtstag von Karl Marx und zur Novemberrevolution 1918. Darüber hinaus wollen wir an geplanten Veranstaltungen befreundeter Organisationen teilnehmen. Vorschläge sind willkommen.



Abschließend noch ein Hinweis auf die bundesweite Unterschriftenaktion

„Keine Erhöhung der Rüstungsausgaben – Abrüsten ist das Gebot der Stunde“

Mit diesem Aufruf wendet sich ein breites gesellschaftliches Bündnis an die Öffentlichkeit, gegen die Pläne der Bundesregierung zu protestieren, u. a. die Rüstungsausgaben nahezu zu verdoppeln, auf zwei Prozent der deutschen Wirtschaftsleistung (BIP). So wie es in der NATO vereinbart wurde. Zwei Prozent, das sind mindestens weitere 30 Milliarden Euro, die im zivilen Bereich fehlen, so bei Schulen und Kitas, sozialem Wohnungsbau, Krankenhäusern, öffentlichem Nahverkehr, kommunaler Infrastruktur, Alterssicherung, ökologischem Umbau, Klimagerechtigkeit und internationaler Hilfe zur Selbsthilfe.“

„Militär löst keine Probleme. Schluss damit. Eine andere Politik muss her.“

Inzwischen sind bereits 20.000 Unterschriften eingegangen. Das sind nicht genug, um gehört zu werden, die militärische Aufrüstung zu stoppen, Spannungen abzubauen, gegenseitiges Vertrauen aufzubauen, Perspektiven für Entwicklung und soziale Sicherheit zu schaffen, Entspannungspolitik auch mit Russland zu verhandeln und abzurüsten. Zu diesem Handeln will der Aufruf „abrüsten statt aufrüsten“ einen Beitrag leisten.

Erklärung ostdeutscher Vereine und Verbände zur Nichtannahme von Verfassungsbeschwerden zum § 6 sowie § 7 AAÜG

Am 13.12.2017 veröffentlichte das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) eine Pressemitteilung, in der die Nichtannahme von Verfassungsbeschwerden verkündet wird. In den Begründungen der Nichtannahme wird die vom DDR-Durchschnittseinkommen abgeleitete Rentenkürzung für neun Personengruppen entsprechend § 6(2) AAÜG [Gesetz zur Überführung der Ansprüche und Anwartschaften aus Zusatz- und Sonderversorgungssystemen des Beitrittsgebietes (Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetz – AAÜG)] als verfassungsgemäß bezeichnet.

Dem Gesetzgeber komme bei der notwendigen Neuordnung sozialrechtlicher Rechtsverhältnisse im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung ein besonders großer Gestaltungsspielraum zu. Er habe zu berücksichtigen, dass Empfänger von Zusatz- und Sonderversorgungen grundsätzlich weniger schutzbedürftig seien als sonstige Rentner. Er müsse bei der Begrenzung der überführten Entgelte nicht zwingend an der allgemeinen Beitragsbemessungsgrenze halten, da ungerechtfertigte Privilegien auch im normalen Streubereich der Gehälter unterhalb dieser Grenze vorkommen können.

Weiterhin sei zu bejahen, dass der im § 6 (2) AAÜG erfasste Personenkreis „Förderer“ des Systems der DDR war und durch seine besondere Stellung zur Aufrechterhaltung des Staats- und Gesellschaftssystems der DDR beigetragen hätte. Die Anknüpfung an „eng begrenzte Führungspositionen des Staatsapparates der DDR“ werde als allein ausreichende Rechtfertigung für die Entgeltbegrenzung angesehen.

Mit dem Verweis auf die Forderung des Einigungsvertrages nach Abschaffung ungerechtfertigter und Abbau überhöhter Leistungen und die Weiterführung von Differenzierungen der letzten Volkskammer der DDR wird zusätzlich der Anschein von Rechtmäßigkeit erweckt. Es ist jedoch mittlerweile belegt, dass die von westdeutschen Politikern erdachten Rentenkürzungen keineswegs dem Willen der letzten Volkskammer der DDR entsprachen. Danach wären z.B. selbst den Angehörigen des MfS 1,47 Entgeltpunkte zugestanden worden.

Ausdrücklich gesteht das BVerfG ein, dass den gesetzgeberischen Entscheidungen zur Rentenhöhe keine tatsächlichen Erhebungen zu Lohn- und Gehaltsstrukturen zugrunde liegen. Auch wird eingeräumt, dass sich der Gesetzgeber in einem höchst komplexen und unübersichtlichen Regelungsbereich bewege, in dem Härten nur unter großen Schwierigkeiten vermeidbar seien. Wie schon Ende 2016, als das BVerfG Verfassungsbeschwerden gegen die Rentenkürzungen für ehemalige MfS-Mitarbeiter nach § 7 AAÜG nicht zur Verhandlung annahm, sind die erneut nicht angenommenen Verfassungsbeschwerden ein Beleg für die weitere Aushöhlung der Rechtsstaatlichkeit in Deutschland.

Rechtsstaatliche Grundsätze, wie die Achtung der Menschenwürde, das Gleichheitsgebot, der Schutz des persönlichen Eigentums (auch bei durch persönliche Beitragszahlungen erworbenen Rentenansprüchen), die Verhältnismäßigkeit, der Vertrauensschutz, die Prüfung der individuellen Verantwortung u.a. werden erneut mit Füßen getreten.

Unverhohlen wird für rechtens anerkannt, Personen wegen ihrer Tätigkeit in und für die DDR mit Strafrenten zu belegen. Das ist politisch motivierte Willkür! Selbst verurteilten Mördern werden erworbene Rentenansprüche nicht gekürzt, ausländischen SS-Schergen sogar Zusatzrenten gewährt.

Den von der Rentenstrafe Betroffenen, wird u.a. zum Vorwurf gemacht, die sozialistische Staats- und Gesellschaftsordnung, das sozialistische Eigentum und die Volkswirtschaft, die gesetzlich garantierten Rechte und Interessen der Bürger geschützt, gewahrt und durchgesetzt und das sozialistische Staats- und Rechtsbewusstsein der Bürger gefestigt zu haben sowie auf ihre gesellschaftliche Aktivität, Wachsamkeit und Unduldsamkeit gegen jede Rechtsverletzung und deren Vorbeugung Einfluss genommen zu haben.

Dem Grundgesetz nach sind alle Menschen vor dem Gesetz gleich und zwar auch unabhängig von ihrer Herkunft und ihren politischen Anschauungen. Für ehemalige DDR-Bürger gilt das offenbar nicht. Dabei ging es bei den vorgebrachten Verfassungsbeschwerden um keine privilegierte Altersversorgung, wie irreführende Pressemeldungen glauben machen wollen, sondern um Gleichbehandlung mit allen anderen DDR-Bürgern, um Rentenzahlungen nach eingezahlten Beiträgen bis zur Beitragsbemessungsgrenze.

Seit der Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands sind mehr als 27 Jahre vergangen. Das scheint eine ausreichende Zeit zu sein, um die Abrechnung mit der DDR und den Kalten Krieg endlich zu beenden und von Rachsucht und Hass geprägte Entscheidungen zu korrigieren. Es ist höchste Zeit, zu einer Politik des Ausgleichs und der Vernunft zurückzukehren, wie sie schon vor mehr als 60 Jahren in einem Memorandum der Bundesregierung zur Frage der Wiederherstellung der Deutschen Einheit formuliert wurde, das am 7. September 1956 durch die Botschafter der Bundesrepublik in Moskau, Washington, Paris und London übergeben wurde. Darin heißt es u.a.: „Die Bundesregierung ist der Überzeugung, dass freie Wahlen in ganz

Deutschland, wie sie auch immer ausfallen mögen, nur den Sinn haben dürfen, das ganze deutsche Volk zu einen und nicht zu entzweien. Die Errichtung eines neuen Regierungssystems darf daher in keinem Teil Deutschlands zu einer politischen Verfolgung der Anhänger des anderen führen. Aus diesem Grund sollte nach Auffassung der Bundesregierung dafür Sorge getragen werden, dass niemand wegen seiner politischen Gesinnung oder nur weil er in Behörden oder politischen Organisationen eines Teils Deutschlands tätig gewesen ist, verfolgt wird.“

Auch 27 Jahre nach dem Anschluss der DDR an die BRD bestimmen Hass und Hetze den Umgang mit Personen, die Kunst, Kultur, Bildung, Sport, Wissenschaft, Politik, Friedenserhalt, Justiz und Sicherheit der DDR repräsentieren. Ihre Lebensleistung, wie auch die aller engagierten DDR-Bürger, wird weiter diffamiert.

Besonders die Angehörigen aller bewaffneten Kräfte der DDR haben in der Zeit des Kalten Krieges sowie in der Zeit des politischen Umbruchs 1989 einen wichtigen Beitrag geleistet, damit Waffen nicht zum Einsatz kamen und ein neuer Weltkrieg verhindert wurde. Unsere Menschenwürde gebietet, den Kampf für eine gerechte Bewertung unserer Lebensleistung, gegen Ausgrenzung und Diskriminierung fortzusetzen.

Unsere Organisationen und Vereine, Initiativen und Verbände verfügen über das notwendige politische Gewicht, um sich Gehör zu verschaffen. Ihr Erhalt und ihre Festigung sind notwendig angesichts wachsender Kriegsgefahr, bei der selbst ein Atomkrieg nicht mehr ausgeschlossen werden kann angesichts des Vormarsches faschistoider Kräfte in Deutschland und in Europa, des wachsenden Einflusses neoliberaler Kräfte und der weiteren Vertiefung sozialer Verwerfungen.

Darüber hinaus stehen wir als kompetente Zeitzeugen in der Verantwortung, gegen Lügen und Verleumdungen zur Verteidigung der historischen Wahrheit über die DDR beizutragen. Wir werden solange um die sozialen und demokratischen Rechte kämpfen, bis der soziale Frieden in unserem Land hergestellt ist. Der Drang zur weiteren Erhöhung der Rüstungsaus-

gaben sowie die Eskalation der Kriegshysterie behindern zugleich die Lösung sozialer Fragen. Deshalb unterstützen wir vorbehaltlos alle Initiativen für Frieden und Abrüstung.

Denken wir immer an die mahnenden Worte von Bertolt Brecht:
„Wenn Unrecht zu Recht wird, wird Widerstand zur Pflicht!“

Wir fordern:

- Statt deutlicher Erhöhung der Rüstungsausgaben eine verstärkte Friedenspolitik nach dem Motto „Frieden schaffen ohne Waffen“.
- Alle friedliebenden Kräfte rufen wir dazu auf, alles zu tun, damit der gemeinsame Schwur der Deutschen und der Siegermächte nach der bedingungslosen Kapitulation von Nazi-Deutschland. Wirklichkeit bleibt. Nie wieder darf der Faschismus in Deutschland sein Haupt erheben. Alles ist zu tun, dass faschistische Parteien verboten werden und solche mit faschistischen Programmen keinen Zulauf erhalten!

- den Einsatz freiwerdender Mittel aus der Abrüstung und dem „Nicht-Hochrüsten“ für die Beseitigung aller sozialen Benachteiligungen und Ungerechtigkeiten zu verwenden, darunter auch zur Beendigung der rentenrechtlichen Willkür, des Missbrauchs des Rentenrechts als Strafrecht, wie es in der deutschen Geschichte nur in Nazi-Deutschland praktiziert wurde.
- dass die Bundesrepublik endlich die von der UNO kritisierte Diskriminierung Ostdeutscher beendet und mit der Ratifizierung des Fakultativprotokolls zum Wirtschafts- und Sozialpakt individuelle Beschwerden in sozialen Fragen bei der UNO ermöglicht.

BÜSGM Vorsitzender	GBM Vorsitzende	GRH Vorsitzender	ISOR Vorsitzender	OKV Präsident	VT NVA GT Vorsitzender
------------------------------	---------------------------	----------------------------	-----------------------------	-------------------------	----------------------------------

Einladung zur Linken Gesprächsrunde

am **Mittwoch, dem 21. Februar 2018, 17 Uhr**,
im Seminarraum 2, Franz-Mehring-Platz 1,
mit dem Botschafter des Plurinationalen
Staates Bolivien S.E. Jorge Cárdenas Robles

Thema: Bolivien, ein Staat im Aufbruch

Das Regierungssystem in Bolivien wird in der Verfassung (Artikel 11) als partizipative, repräsentative u. gemeinschaftsorientierte Demokratie mit Gleichberechtigung für Männer und Frauen beschrieben. Besondere Aufmerksamkeit gilt den Rechten und der Kultur der indigenen Bevölkerung,

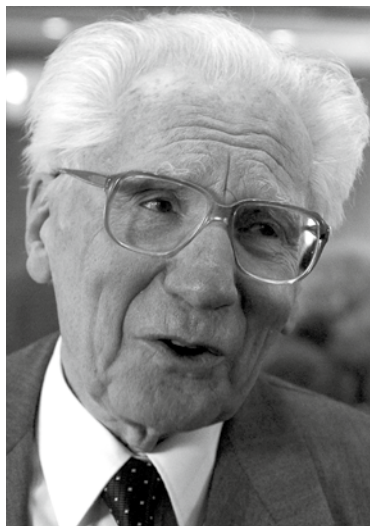
einschließlich der ihnen gleichgestellten Afrobolivianer. Die Verfassung gewährt den Bürgern Weltanschauungsfreiheit.

Die 2009 angenommene Verfassung sieht ein neues, „pluralistisches“ Wirtschaftsmodell vor. Laut Verfassungstext strebt das Land ein gemischtes Modell aus staatlicher, gemein- und privatwirtschaftlicher Ökonomie mit sozialer Kontrolle an.

Wir freuen uns über einen regen Besuch und auf die Diskussion mit dem Botschafter.

Eintritt frei

grh **BÜSGM** **ISOR**



Professor Dr. Moritz Mebel

Am 25. Februar 2018 begeht Professor Dr. Moritz Mebel – ausgezeichnet mit dem Friedenspreis der GBM – seinen 95. Geburtstag.

Wir gratulieren dem Gardeoberleutnant der Roten Armee a.D., dem unermüdlichen Antifaschisten und Friedenskämpfer und führenden Arzt auf dem Gebiet der Nierenerkrankheiten in der DDR sehr herzlich.

Wir verbinden unsere Glückwünsche mit dem Dank für sein erfülltes Lebenswerk und wünschen ihm vor allen Dingen Gesundheit, Glück und alles Gute.

In der Schriftenreihe des Arbeitskreises Kultur ist unter Nr. 37 der Titel „Prof. Dr. Mebel, Arzt – Humanist – Kommunist; Moritz Mebel zu seinem Kampf als Rotarmist, seine Arbeit in der DDR und zur Partei DIE LINKE.“

Vorstand der GBM



Hans Modrow

Gratulation Hans Modrow zum 90. Geburtstag

Dr. Hans Modrow, letzter Ministerpräsident der DDR, beging am 27. Januar 2018 seinen 90. Geburtstag. Aus diesem Grunde übermittelte ihm die Vorsitzende des Bundesvorstandes der GBM, Helga Hörning, folgendes Schreiben:

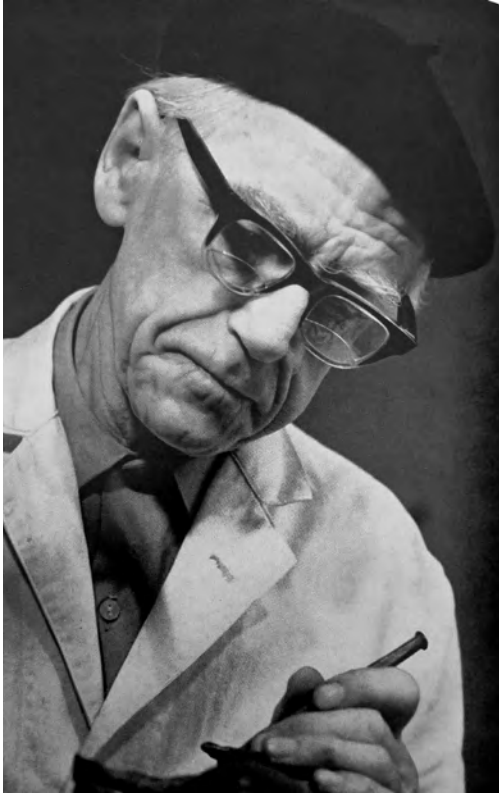
Sehr geehrter Genosse Hans Modrow, lieber Hans,

der Vorstand der Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde gratuliert Dir im Namen aller Mitglieder zu Deinem **90. Geburtstag.**

Es ist uns ein Bedürfnis, Dir an diesem Tage, wo Du auf ein politisch aktives Leben zurück blicken kannst, Dank zu sagen für Deine Lebensleistung in unserem Teil Deutschlands eine neue bessere Gesellschaftsordnung entstehen zu lassen und zu bewahren.

Dein heutiges Wirken verbindet für uns vor allem mit Deinem beispielhaften Engagement, Dich offensiv für eine Änderung der offiziellen Politik in unserem Land, für Frieden und soziale Gerechtigkeit sowie für die vordringlichen Belange nicht nur der Bürger in den neuen Bundesländern einzusetzen. Diese nachahmenswerte, zutiefst menschliche Haltung zu den Problemen unserer Zeit hat auch unsere Gesellschaft immer in ihrem Wirken für Bürgerrecht und Menschenwürde bestärkt und unterstützt. Wir sind froh, uns an der Seite eines aufrechten Humanisten und Kommunisten zu wissen, der in mannigfaltiger Weise die Zuversicht auf eine bessere, sozialistische gesellschaftliche Zukunft verkörpert.

Für die kommenden Jahre wünschen wir Dir vor allem Gesundheit, unerschütterlichen Kampfeswillen und Optimismus. Wir sind überzeugt, dass Du als aufrechter und standhafter Kommunist auch weiter Deine reichen Lebenserfahrungen nutzen wirst, um den wachsenden politisch-gesellschaftlichen Herausforderungen gerecht werden zu können.



Heinrich Drake

15. Februar 1903 Ratsiek/Lippe-Detmold
bis 26. Juli 1994 Berlin/DDR

ein zentrales Motiv der deutschen realistischen Plastik ausbildet: die unbekleidete, aufrechte, tatbereite menschliche Gestalt ... Wir deuten heute Drakes *Jüngling* ... als Alternative auf die Degeneration im faschistischen Menschenbild. Die Jünglingsgestalt steht gegen den Verlust der Menschendarstellung in der Plastik und andererseits gegen jede Form einer entleerten Monumentalität ... Der Korpus ist ohne Kleinteiligkeit durchgeformt, trotzdem voller Detaillierbarkeit, in jedem Teil wird ein Erahnen von Kraft, die zur reifen Männlichkeit drängt, spürbar. Diese junge Kraft wird aber gezügelt durch den klugen und disziplinierten Willen, der sich im Antlitz des Jünglings spiegelt“.²

Ebenfalls in strenger plastischer Form schuf Drake anfangs der dreißiger Jahre einige Bildnisse, „... Menschendeutungen in einer bedrängenden Präzision der Bestimmung von Psyche und Körperlichkeit. Hervorzuheben sind die Porträts seines Bildhauerfreundes Fritz Cremer von 1930 und die 1932 geschaffene Büste von Hilde Drake“.³

Frühzeitig befasste sich Drake mit der Darstellung von Tieren. Er gehört zu den wichtigsten Tierbildnern in der deutschen Plastik und der Kunst der DDR. Ein Hauptwerk ist ein Panther, den er nach einer kleinen Skizze frei aus dem Granit schlug und 1953 vollendete. „Auch in diesem Tierbild wahrte Drake die strenge Statuarik. Die Bewegung zerstört nicht die Blockhaftigkeit, das ursprüngliche Blockmaß, erkennbar an der Grundplatte, innerhalb deren Dimension der Bildhauer seine Form finden musste ... Drakes Tierdeutungen gehen immer vom Wesen des Tiers aus .. Er vermeidet Verniedlichung und dekorative Oberflächlichkeit“.⁴

Denkmalsversuche sind der einzige Bereich, in dem Drake experimentierte. Der Kunstwissenschaftler Volker Frank bedauert, dass Drakes gedankenreicher Entwurf für ein Marx-Engels-Monument der Jahre 1946/1947 nicht verwirklicht werden konnte. Dieser Entwurf führte Drake zur Beschäftigung mit den beiden Klassikern; 1949 schuf er sein erstes vollplastisches Marxbildnis aus Granit-Porphyr. Die zahlreichen Bildnisse und Porträts gewinnen im Laufe der Jahre an Warmherzigkeit und menschlicher Tiefe.

Die vielen bekannte Zille-Figur mit dem dahinter stehenden Jungen (1965) vor dem Märkischen Museum in Berlin und das Goethe-Denkmal sollen jedoch in der plastischen Konsequenz hinter entwicklungsbestimmenden Figuren zurückstehen. Immerhin sind sie originell.

Drake war auch ein meisterhafter Zeichner. Leider sind viele Zeichnungen verloren gegangen bzw. er hat sie vernichtet.

1940 verlieh ihm die Preußische Akademie der Künste ein Stipendium für Rom, dem sich ein Aufenthalt in Florenz anschloss. Nach seiner Kriegsdienstverpflichtung und dem Kriegsende arbeitete er kurze Zeit als Zeichenlehrer. 1946 gründete er die Kunsthochschule Berlin-Weißensee mit, an der er bis zu seiner Emeritierung 1969 als Professor und Leiter der Abteilung Plastik tätig war. 1954 erhielt er den Nationalpreis und man ernannte ihn zum Mitglied der Akademie der Künste der DDR, wo er drei Jahre lang Sekretär der Sektion bildende Kunst war. Seit 1975 leitete er im Verband Bildender Künstler die Sektion Plastik. Er konnte Studienreisen nach China, Vietnam und Georgien unternehmen. In Berlin-Wilhelmshagen, wo er über zwei Jahrzehnte lebte, steht auf dem Bahnhofsvorplatz – initiiert vom Bürgerverein Wilhelmshagen und ausgeführt von der Bildgießerei Seiler seit 1996 die Plastik „Junge Pferde“; an seinem früheren Wohnhaus Hochlandstraße 13 ist eine Gedenktafel angebracht.



Heinrich Drake liegt neben seinen beiden vor ihm verstorbenen Ehefrauen auf dem Pankower Friedhof III, sein Nachlass wird in der Drake-Stiftung Detmold verwaltet.

Martina Dost

Heinrich Drake war ein sehr vielseitiger Bildhauer, der mit Stein, Holz und Bronze arbeitete und mannigfaltige handwerklich-technische Verfahren beherrschte. Sein Werk ist nicht allzu umfangreich, denn er wirkte jahrzehntlang als engagierter Hochschullehrer, aber seine Werke, an denen er manchmal über Jahre arbeitete, sind von psychologischer Tiefe und handwerklicher Perfektion.

Als Sohn eines Schuhmachers erlernte Drake nach einer abgebrochenen Tischlerlehre das Schuhmacherhandwerk bei seinem Vater und übte diesen Beruf zunächst aus. 1924 begann er ein Volontariat in einer Holzschnitzerwerkstatt in Detmold, wo er drei Jahre als Akkordschnitzer arbeitete. Wegen seines Talentes verlieh ihm der Freistaat Lippe ein karges Stipendium für die Kunstgewerbeakademie in Dresden. Dort gewann er nach einem Jahr zwei erste Preise für Porzellangestaltung, mit denen er sich eine Studienreise nach Italien finanzierte. Einer seiner Lehrer in Dresden war Karl Albiker, der Drakes Talent allerdings nicht zu erkennen vermochte: als Drake in dessen Klasse für freie Plastik an die Kunstakademie wechseln will, wird er abgewiesen, ebenso von den Vereinigten Staatsschulen für freie und angewandte Kunst in Berlin. Als er 1929 nach Berlin umzog, schloss er Bekanntschaft mit führenden Bildhauern der Zeit, so mit Georg Kolbe, von dem er Bestätigung für seine Tierplastiken und ersten Akte erfuhr. So bildete sich Drake neben seiner freischaffenden Tätigkeit mit viel Fleiß und Ausdauer autodidaktisch weiter. „Als reifer Meister tritt uns Drake mit seinem 1936 nach einer älteren Studie modellierten *Jüngling* entgegen, einer lebensgroßen Figur, in der alles tastende Suchen abgestreift wurde“ schreibt Volker Frank¹. „Vor allem durch diese Figur stellt sich Drake in eine Traditionsfolge, die ...

1 Wegbereiter – 25 Künstler der DDR, VEB Verlag der Kunst Dresden 1976, S. 276 f.

2 Ebenda S. 277

3 Ebenda

4 Ebenda S. 281



GBM-Silvesterreise 2017/2018

mit Christiane und Hans Rentmeister unterwegs – leider das letzte Mal. Wir sagen einfach mal danke.

Zehn Jahre lang organisierte das Ehepaar Rentmeister Reisen über den Jahreswechsel. Ein Überblick darüber wird in der nächsten Ausgabe der „akzente“ zu lesen sein.

Ich möchte nur von der letzten Reise berichten, wo wir vom Hotel in Trollenhagen-Hellfeld über das 770-jährige Neubrandenburg hinweg bis zum Tollensesee blicken konnten. Es fing schon mit der Auswahl eines kompetenten, ehrenamtlichen Stadtführers an, der uns innerhalb der erhaltenen Stadtmauer mit ihren vier Toren die Geschichte lebendig nahebrachte. Ein „Gelernter DDR-Bürger“, der seine Stadt liebt und ihre Entwicklung gut historisch einordnete. So sagte er zur jüngsten Vergangenheit, dass 84 % der Innenstadt im II. Weltkrieg total zerstört und in den 1950er/60er Jahren in Anlehnung an das alte Bild wieder aufgebaut wurden. Dazu gehörte der modern gestaltete Kultur- und Bildungskomplex mit dem „Kulturfinger“, in dem eine Bibliothek (die gibt es noch), Volkskunstzirkel u. a. Platz fanden. Der schöne ansteigende Theatersaal wurde nach der Vereinnahmung der DDR herausgerissen, um unmittelbar daneben ein neues hässliches Theater zu errichten. Im Glasgebäude des Hauses der Kultur und Bildung aus DDR-Zeiten hat sich H&M breit gemacht. Von den 57 romantisch aussehenden Wiekhäusern in Fachwerkbauweise, die in die 2300 m lange Wehranlage gebaut wurden, restaurierte man in DDR-Zeiten 23, die sich bis auf eines in städtischem Besitz befinden und bewohnt sind. Einige Bewohner eröffneten darin eine kleine Gaststube oder Werkstätten. Jetzt wurden bereits Stimmen laut, die attraktiven Wiekhäuser zu privatisieren. Es gibt eine ganz kleine neue Reihenhaussiedlung direkt der Stadtmauer gegenüber, kubistisch-modern, dennoch passend. Aber an den drei schmalen Schluppen, die zur Stadt führen, steht: „Privatweg. Betreten verboten!“ Der Markt war gerade verschandelt durch eine äußerlich primitive Halleneisbahn. Dem Rund-

gang schloss sich eine Busfahrt durch die Stadt außerhalb der Mauer an. Ich sah noch nie in einer nicht allzu großen Stadt so viele Neubaugebiete aus den 1970er Jahren, was mit der Ansiedlung von Industrie zusammenhing. Der Altersdurchschnitt der Bevölkerung betrug mal 26 Jahre, die Einwohnerzahl entwickelte sich von 39.000 im Jahr 1968 auf 90.000 im Jahr 1989 und beträgt heute 65.000. Man „baut zurück“ und nutzt Kindergärten für andere Zwecke. Die Extra-Führung durch den neuen Konzertsaal der Marienkirche, in der wir am 31.12. die „Neunte“ hörten, war wegen der Erläuterung über die Kompliziertheit des Baues ein Erlebnis. Darauf einzugehen führt hier zu weit, aber die Orgel ist etwas größer als die in der Elbphilharmonie, die Akustik soll besser sein und die Bauzeit war vergleichsweise kurz.

Ein anderer Höhepunkt war die Besichtigung der „Hexenburg“ in der kleinen Stadt Penzlin. In diesem Museum wird die Geschichte der Hexenjagd und -verbrennung der frühen Neuzeit in Mecklenburg wissenschaftlich aufgearbeitet, mit historischer Einordnung und Beschreibung der gesellschaftlichen Verhältnisse in dem recht rückständigen Landstrich. Meist fielen Frauen den Denunziationen zum Opfer, aber auch 4 % Kinder(!) und einige Männer. Die Stadt finanziert die Forschung. Ein kurzer Abstecher führte uns in das frühere faschistische Musterdorf Alt-Rhese. Hier brachten die Nazis ihre Ärzte „auf Linie“, u. a. auf die der Euthanasie. Zu diesem Zweck siedelten sie die Einwohner kurzerhand um und errichteten Anfang der 30er Jahre traditionelle Backstein-Fachwerkhäuser mit Reetdach als Wohnunterkunft, welche Namen trugen wie „München im Jahre 3“ (bezogen auf das 1000jährige Reich). Die Ärzte bildeten die größte Gruppe unter den Intellektuellen, die sich zu den Faschisten bekannten, über 50 %, viele waren schon vor 1933 in der NSDAP. Nach 1990 erhob die Kassenärztliche Vereinigung Anspruch auf ihr Eigentum am Dorf!

Jetzt drei Wochen gratis testen!



Das junge Welt-Testabo ...

... ist kostenlos und unverbindlich,
... verlängert sich nicht automatisch,
... muss nicht abbestellt werden.

www.jungewelt.de/abo

Abotelefon: 00 49 30/53 63 55-80



Eine Rückübertragung gelang jedoch nicht, die Häuser sind heute in Privatbesitz meist jüngerer Familien.

Der Besuch im Geburtshaus von Fritz Reuter in Stavenhagen hätte länger ausfallen können, aber wir hatten ja noch den Abschiedsabend – nicht nur von dieser Reise – vor uns. Auf diesem erinnerte Peter Michel an diejenigen Teilnehmer, die nicht mehr unter uns sind.

Als Bereicherung empfand ich auch die Veranstaltungen, die einige Teilnehmer zusätzlich anboten: Ein Vortrag von Gertraude Sumpf über die bildende Kunst in Russland unmittelbar nach der Oktoberrevolution, wo Künstler sofort in die Arbeit einbezogen und anderen Werkträgern in Bezug auf Lebensmittelzuteilungen gleichgestellt wurden; die sehr lebhaft Diskussions über das letzte Heft Nr. 44 des „AK Kultur“ von Hans Rentmeister zu den Themen „KZ-Gedenkstättenarbeit in der DDR und heute – Antifaschismus – Internierungslager“ und der Film „Die Väter der 1000 Sonnen“ in Ausschnitten, den Helmut Hirsch als Spezialist für Weltraumforschung mitbrachte, der uns auch politische Hintergründe der Atombombenforschung bis in die Gegenwart darlegte. Zufällig befand sich in meinem Gepäck das Buch von Eberhard Panitz „Treffpunkt Banbury“ über die Weitergabe der Atomforschungsergebnisse aus den USA und England durch Klaus Fuchs über Ruth Werner („Sonja“) an die Sowjetunion. Erst im Zusammenhang mit der Veranstaltung von Helmut Hirsch wurde mir klar, welche Leistung die SU bei der Entwicklung einer eigenen Atombombe trotz Krieg und Kriegsverwüstungen vollbrachte und was sie der eigenen hungernden, Not leidenden Bevölkerung zumuten musste.

Es blieb immer noch Freizeit, um sich etwas anzusehen, ich als Malerin guckte nach Motiven in der Landschaft um den Tollensesee und Dörfern (tot und „Null-acht-fuffzehn“ hergerichtet), die Landwirtschaft einseitig mit Mais und Raps, wie uns der Ortsvorsteher von Alt-Rehse sagte, Kleinstädte wie Penzlin sind erst teilweise restauriert, offenbar nur auf Privatinitiative und z. T. mit neuen Bausünden. Läden sieht man so gut wie keine, als Verkehrsmittel fahren nur die Schulbusse.

Ich weiß, dass ich so eine Reise nicht mehr erleben kann: einfach, weil nicht die Truppe zusammenkommen wird, in der man auch über Politik und Soziales spricht, und zwar völlig selbstverständlich, weil es zu unserem Leben gehört(e). Man kann nur erahnen, wieviel Kleinarbeit, Zeit und Geld Rentmeisters aufwendeten, um diese Reisen perfekt zu planen – mit zwei Jahren Vorlauf und einem hohen finanziellen Risiko, und sie waren auch während der Fahrten ständig am Organisieren. Die Teilnehmer waren voll des Lobes. Wir danken ganz herzlich, auch als Vorstand der GBM, und wünschen weiter so viel Agilität und Gesundheit für die eigenen, großen Reisepläne mit Rucksack in ferne Länder und für eure vielen weiteren Ehrenämter! Danke, danke, danke!

Martina Dost

Wir beglückwünschen alle *Jubilare* des Monats Februar 2018.



Besonders herzlich grüßen wir

zum 97. Geburtstag

Dr. Wolfgang Pütter, Berlin

zum 96. Geburtstag

Herbert Geidel, Zeitz

zum 95. Geburtstag

Heinz Kube, Löwenberger Land
Prof. Dr. Moritz Mebel, Berlin
Ursula Rien, Meißen

zum 94. Geburtstag

Eva Bernwald, Berlin
Ruth Heinrich, Halle/Saale
Elfriede Wolter, Neubrandenburg

zum 93. Geburtstag

Eleonore Becker, Berlin
Karl Haak, Cottbus

zum 92. Geburtstag

Herta Döpke-Paentz, Berlin

Horst Hemmerlein, Berlin
Prof. Dr. Günther Kislak, Erfurt
Karl-Heinz Kuschnik, Berlin

zum 91. Geburtstag

Günter Goldmann, Berlin
Eva Gumpel, Berlin
Lucie Sykora, Halle/Saale

zum 90. Geburtstag

Hans Brandt, Banzkow
Anneliese Beutel, Ostrau
Dr. Karl Fritz, Magdeburg
Gerda Heintze, Eichwalde
Karl-Heinz Jablonski, Berlin
Otto Kretzschmar, Berlin
Dr. Klaus Lüdtke, Leipzig
Horst Ose, Berlin
Dr. Ursula Ragwitz, Berlin
Gertraude Schwuchow, Dresden
Ursula Sonnenschmidt, Berlin
Siegfried Unverricht, Hohenfelde
Hildegard Wünsche, Dresden

zum 89. Geburtstag

Dr. Helmut Barciok, Potsdam

Rosemarie Böhme, Eisenhüttenstadt
Manfred Schramm, Leipzig
Helga Sperling, Neubrandenburg
Margot Rathke, Berlin

zum 88. Geburtstag

Johannes Börner, Berlin
Dr. Hans Brennenstuhl, Berlin
Egon Freyer, Berlin
Otto Heilmann, Berlin
Friedrich Klier, Berlin
Hans-Joachim von der Mülbe, Berlin
Christa Otto, Berlin
Prof. Dr. Fritz Sack, Hamburg
Paul Schotte, Petersberg
Ingeburg Reitz-Gentz, Berlin
Hertha Woitinas, Berlin
Gisela Zimmer, Radebeul

zum 87. Geburtstag

Dr. Wilfried Klemm, Dresden
Rudolf Krause, Berlin
Dr. Werner Preuß, Berlin
Günter Reißmann, Berlin
Lothar Rittberger, Berlin
Ingeburg Rüdiger, Meißen

zum 86. Geburtstag

Dr. Hans-Joachim Jungblut, Berlin
Ursula Maluck, Neubrandenburg
Dr. Wolfgang Mitzinger, Berlin
Gerda Platz, Berlin
Harry Schneider, Neuenhagen
Sonja Schröter-Haacker, Berlin
Dr. Horst Wambutt, Berlin
Helga Watzin-Heerdegen, Leipzig

zum 85. Geburtstag

Ortrud Georgy, Berlin
Renate Pfeiler, Berlin
Helga Schotte, Petersberg

zum 80. Geburtstag

Dr. Eva Kuhn, Berlin
Lieselotte Lingott, Berlin

zum 65. Geburtstag

Astrid Rabinowitsch,
Wiesenburg



Herausgeber

Bundesvorstand der Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e. V.
 Franz-Mehring-Platz 1, Raum 630
 10243 Berlin (Nähe Ostbahnhof)
 Tel.: 030 2978-4688
 Fax: 030 2978-4689
 E-Mail: gbmev@t-online.de
 Website: www.gbmev.de

Geschäftszeiten

Mo.–Do. 9.00–16.00 Uhr
 Fr. 9.00–12.00 Uhr

Bankverbindung

Berliner Sparkasse
 IBAN DE16 1005 0000 0013 1927 36
 BIC BELADEV3333

Erscheinungsweise

monatlich

V. i. S. d. P.

Helga Hörning
 Redaktion: Jörg Pauly

Redaktionsschluss

27. Januar 2018

**Redaktionsschluss
 der nächsten Ausgabe**
 23. Februar 2018

Layout, Herstellung und Vertrieb

MediaService GmbH
 Druck und Kommunikation
 Franz-Mehring-Platz 1
 10243 Berlin
 Tel. 030 2978-2940

Für den Inhalt namentlich gezeichneter Beiträge sind die Autoren verantwortlich. Herausgeber und Redaktion haften nicht für unaufgefordert eingesandte Manuskripte. Sie behalten sich das Recht vor, über den Abdruck eingesandter Beiträge zu entscheiden und zum Abdruck kommende Beiträge zu kürzen

Die **akzente** dienen dem Gedankenaustausch der Mitglieder und Ortsverbände. Artikel können bei Behörden nicht als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.




Wir trauern um unsere verstorbenen Mitglieder

Ilse Gerth
Berlin

Dr. Herbert Hanke
Berlin

**Wir werden ihr
Andenken in Ehren
halten.**

Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e. V.
 Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin
 ZKZ 48734, PVSt, Deutsche Post 

ADRESSFELD

Hefte des Arbeitskreis Frieden

Hefte September 2017 bis Januar 2018

Nr. 212: Venezuela im Kampf um seine Souveränität
 Ausgewählte Dokumenten und Informationen zu den permanenten Einmischungsversuchen der USA

Nr. 213: Der G20-Gipfel. Ein nachgetragener Kommentar. Ein Erfolg der zum Weitermachen auffordert (Lesematerial)
 Großer Erfolg – Anmerkungen zu den Protesten gegen den G20-Gipfel von Florian Wilde

Nr. 214: Russophobie – was ist das? „Meinst Du, die Russen wollen Krieg?“
 Prof. Dr. habil. Herbert Meißner

Nr. 215: „Über die Russen und über uns“. Für eine friedliche Ostpolitik Deutschlands
 Prof. Dr. sc. Phil. Horst Schneider

Nr. 216: Auszüge aus der Abschlusserklärung der BRICS-Staaten beim jährlichen Gipfel in Xiamen, China
 BRICS – Wendepunkt hin zu einem neuen Weltwirtschaftssystem, Zivadin Jovanovic – Interview für die Zeitung People's Daily (Renminribo) – am Vorabend des BRICS-Gipfels, 3.–5. September, Xiamen, Volksrepublik China

Nr. 217: Krieg und Revolution. Die russischen Revolutionen von 1917 bis 1922
 Stefan Bollinger

Nr. 218: BEI MARX – UNTER SEINEM BANNER!
 Prof. Dr. Götz Dieckmann

Nr. 219: Keine Gewalt !?
 Prof. Dr. habil. Herbert Meißner



Grafik: Walter Womacka

Aus den Ortsverbänden

Berlin-Mitte

Einladung. Der Ortsverband Berlin-Mitte der GBM lädt in Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis Kultur- und Bildungsreisen der GBM, der TIG Mitte von ISOR, der TAG Mitte von GRH zu einer Veranstaltung mit folgender Thematik ein:

„Wie geht es nach den Wahlen und der noch immer nicht erfolgten Regierungsbildung in der Kommunalpolitik weiter?“

Umrahmt wird die Veranstaltung durch das Duo Roxana und Mitri Faller, die gemeinsam mit dem bekannten Sänger Alexander Steinbrecher zauberhafte Melodien sowie russische und deutsche Frühlingslieder darbieten.

Die Veranstaltung findet am Donnerstag, **19. März 2018**, um 15 Uhr im Kreativhaus Berlin-Mitte, Fischerinsel 3, 10179 Berlin, statt. Referentin: Dr. Manuela Schmidt, Vizepräsidentin des Abgeordnetenhaus von Berlin.

Hefte des Arbeitskreis Kultur

Nr. 40: Galeriefinissage in der Weitlingstraße: Würdigung und Ende unserer Ausstellungsarbeit

Nr. 40: Dem Maler Wolfram Schubert zum 90. Geburtstag

Nr. 42: Zur Erinnerung an Uwe Berger – Lyriker, Schriftsteller, Humanist

Nr. 43: Erfahrungen eines Zeitzeugen: Rechtsanwalt Dr. Friedrich Wolff zur Kriegsgefahr, zur Situa-

tion in der BRD, zur DDR und zur heutigen „Demokratie“ und ein Beitrag von Ralph Dobraha über Friedrich Wolff

Nr. 44 (Teil I Und II):
 Hans Rentmeister: Die Entwicklung der KZ-Gedenkstätten in Deutschland nach der Befreiung und Gedanken über ihre Zukunft; es geht auch um Änderungen nach 1990, um Antifaschismus und Internierung

21 Mitglieder

21 Mitglieder überwiesen im Januar 2018 Spenden an die GBM. Der Vorstand bedankt sich herzlich.

Aktuelle Bankdaten für einen Überweisungsvordruck:
 Begünstigter: GBM e.V.

IBAN DE16 1005 0000 0013 1927 36
 BIC BELADEV3333
 Kreditinstitut: Berliner Sparkasse

Kundenreferenzen (1 Zeile):
 Spende

Verwendungszweck (2 Zeile):
 St.-Nr. 27/666/53250